



HEINRICH BÖLL FOUNDATION

Politischer Jahresbericht Südosteuropa Juli 2004 - Juli 2005

Inhalt

1. Stand der demokratischen Entwicklung - Zusammenfassung
2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres und Rückblick auf die politische Situation aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

Kontakt:

Heinrich Böll Stiftung
Regionalbüro Sarajevo
Cekalusa 42
71000 Sarajevo
Bosnien-Herzegowina
Tel. +387-33-260 450
Fax +387-33-260 460
Email: h.boell@bih.net.ba

1. Stand der demokratischen Entwicklung - Zusammenfassung

In Kroatien lenkt die Politik der Minderheitsregierung, unter der Führung des Premierministers Sanader (Kroatische Demokratische Gemeinschaft, HDZ) trotz mehrerer gravierender innen- wie außenpolitischer Niederlagen- unter denen die Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen sicherlich die gravierendste ist - auch weiterhin relativ konzeptionslos den Staat. Dabei zeigen sich Mängel sowohl bei der bisher erzielten Stärkung staatlicher Institutionen als auch in der Umsetzung der im Rahmen der EU-Annäherung unternommenen Gesetzesangleichungen. Die regierende Nomenklatura weist weder die Bereitschaft, den politischen Willen noch die Kapazität für wirkliche und tiefgreifende Reformen auf. Da der gesamte EU-Erweiterungsprozess nach dem französischen Verfassungsreferendum ins Stocken geraten ist, bleibt der bisher als Reformmotor wirkende äußere Druck auf Kroatien aus und zeigt zugleich, dass das Land nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft Mechanismen zur notwendigen Fortführung der begonnenen Reformen zu generieren. So wurde der Verhandlungsaufschub aus Brüssel wegen der mangelnden Kooperation mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal im Fall des angeklagten Generals Ante Gotovina von kroatischer Seite fast ausschließlich mit symbolischen Handlungen beantwortet, während die in diesem Kontext sich aufzwingende Reform der Geheimdienste bisher ausbleibt. Zugleich haben die letzten Kommunalwahlen trotz der Niederlage der Regierungspartei gezeigt, dass die weitgehend durch Passivität glänzende kroatische Opposition momentan keine ernstzunehmende politische Alternative zur regierenden HDZ darstellt. Als einzige deutlich unterscheidbare politische Institution gilt weiterhin der Anfang des Jahres in seinem Amt bestätigte Staatspräsident Stjepan Mesic, der konsequent für eine bürgerliche Republik Kroatien und eine kritische Absetzung zur kriegerischen Vergangenheit des Landes einsteht. Direkte Folge dieser schwachen politischen Konstellation wie des ungewissen Fortgangs des europäischen Integrationsprozesses ist die Stärkung der extremen politischen Rechten und ein deutliches Anwachsen von Euroskeptizismus in der kroatischen Bevölkerung.

Die gesellschaftspolitische Entwicklung in Bosnien-Herzegowina war in den zurückliegenden 12 Monaten beherrscht vom ergebnisoffenen Bemühen der Internationalen Gemeinschaft (IG), den Übergang von der Daytoner Nachkriegsordnung zur sog. „Brüsseler Phase“ zu bewerkstelligen. Dahinter verbirgt sich die Absicht, durch beschleunigte Reformen den schwachen und ineffizienten bosnischen Zentralstaat so zu stärken, dass die Bedingungen für den Beginn des Integrationsprozesses in die Europäische Union geschaffen werden. Ziel dieser Politik ist es einerseits, mittelfristig die internationale Verantwortung für den Friedens- und Demokratisierungsprozess weitgehend auf die EU zu übertragen, und andererseits, das internationale Halbprotektorat unter Federführung des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) Paddy Ashdown so weit abzubauen, dass die innergesellschaftlichen bosnischen Kräfte den Reformprozess eigenständig weiterführen. Diese Politik stößt auf zwei zentrale Probleme: Erstens ist sie wegen der Konsensunfähigkeit der nationalistisch dominierten politischen Klasse in Bosnien bzgl. einer Verfassungsänderung gezwungen, sich innerhalb des von der

Daytoner Staatsverfassung vorgegebenen Rahmens bei dem Versuch zu bewegen, dessen Grundlagen (schwacher Zentralstaat, ethnisierte Institutionen) zu verändern; zweitens muss der Hohe Repräsentant diese forcierte Reformpolitik gerade mit den regierenden nationalistischen Kräften durchsetzen, die sie in den vergangenen zehn Jahren erfolgreich verhindert haben. Diese Widersprüche hatten zur Folge, dass das OHR mehrfach seine weitreichenden Kompetenzen zur Verhinderung eines völligen Scheiterns des Reformkurses einsetzen musste, anstatt sich wie beabsichtigt mit der Auflösung der eigenen Institution zu beschäftigen. Und dennoch ist der EU-Integrationsprozess vor allem wegen der Blockadepolitik der politischen Strukturen in der Republika Srpska in Stocken geraten.

In Serbien ist die politischen Entwicklung geprägt von fortdauernder politischer Instabilität, einem niedrigen Konsolidierungsgrad der rechtlichen und politischen Ordnung, schwachen Institutionen, einer ausgeprägten Blockade der wirtschaftlichen und politischen Reformen sowie dem Annäherungsprozess an die Europäische Union. Serbien bleibt auch weiterhin eine tief gespaltene Gesellschaft, in der ein hohes Gewaltpotential und ein Anwachsen an politischem Extremismus herrscht. Der Sieg des demokratischen und pro-europäischen Kandidaten Boris Tadic bei den Präsidentschaftswahlen hat neue Hoffnung für das pro-europäische Serbien geweckt. Die Kommunalwahlen im September 2004 haben jedoch zur gleichen Zeit eine tiefe Spaltung der Wählerschaft zwischen den Reformkräften und der extremen Rechten gezeigt. Das politische Gemeinwesen in Serbien ist polarisiert zwischen den Anhängern von demokratischen Reformen und der Restaurierung des alten Regimes. Das politische Bündnis der Parteienkoalition, die die serbische Minderheitsregierung unter Premier Kostunica stellt, basiert auf pragmatischen machtpolitischen Interessen, ohne dass eine Grundkonsens in wesentlichen politischen Fragen erkennbar ist. Das macht das Agieren der Regierung schwer berechenbar und ihre Lebensdauer kaum vorhersehbar. Der Zustand tiefer ideologischer und politischer Spaltung Serbiens kann nicht von langer Dauer sein.

Im Kosovo bestimmten die gesellschaftspolitische Entwicklung im zurückliegenden Jahr die Fortsetzung der „Standards vor Status“- der Strategie der IG unter dem neuer Leiter der UN-Mission, Jessen-Petersen, und die Erwartung der Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen über den völkerrechtlichen Endstatus der Provinz. Innenpolitisch haben die Parlamentswahlen vom Oktober 2004 das politische Kräfteverhältnis weitgehend unverändert belassen, jedoch wurde die Koalition der drei größten albanischen Parteien von einer Regierung aus der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) und der Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) abgelöst. Das ermöglichte zwar einerseits erstmals konstruktives Regierungshandeln, erhöhte jedoch das politische Konfliktpotential, da die in die Opposition abgedrängte Demokratische Partei des Kosovo (PDK) seither eine fundamental gegensätzliche Haltung eingenommen hat. Der Wahlboykott der serbischen Minderheit verstärkte deren Abhängigkeit von der Belgrader Politik.

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres und Rückblick auf die politische Situation aus der Perspektive der Heinrich-Böll-Stiftung

Kroatien

Die Regierung Sanaders hat ihre pro-europäisch ausgerichtete Politik auch in diesem Zeitraum fortgesetzt, doch da diese weder zu tiefgreifenden Reformen noch zu der Erfüllung der von der EU-Kommission gestellten Bedingungen geführt hat, verliert sie immer mehr an Glaubwürdigkeit und Legitimität.

EU-Integrationsprozess

Die EU-Integrationsbemühungen Kroatiens waren in erster Linie bestimmt von dem EU-Annäherungsprozess, bzw. dem Aufschub dieses Prozesses. Denn obwohl die Europäische Kommission noch im Frühjahr 2004 eine positive Beurteilung abgab und Ende desselben Jahres die Strategie für die Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen veröffentlichte, gab sie im März 2005 Kroatien eine negative Beurteilung und beschloss infolge dessen den Aufschub der Verhandlungen. Das Haupthindernis, d.h. die einzige unerfüllte Bedingung dabei, ist die unzureichende Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dieser Vorwurf gründet sich darauf, dass Ante Gotovina, General der kroatischen Armee und der einzige wegen Kriegsverbrechen angeklagte Kroat, sich immer noch auf der Flucht befindet. Diese Neubewertung gründete sich auf der Position der Chefanklägerin des Tribunals Carla Del Ponte. Bereits im Oktober 2004 hatte sie vor dem EU-Ministerrat erklärt, dass Kroatien doch nicht alles unternehme, um den Angeklagten Gotovina ausfindig zu machen, zu verhaften und vor Gericht zu bringen, und ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, dass er sich in Kroatien oder der Reichweite der zuständigen Behörden befinde. Während die Frage nach der Richtigkeit dieser Überzeugungen offen bleibt, trägt die kroatische Regierung zumindest teilweise die Verantwortung für die Krise des Prozesses. Sie reagierte spät auf die ersten negativen Signale. Außerdem erwiesen sich die Vortäuschung von Aktivismus (das Einfrieren des Eigentums des Generals Gotovina) und der Lobbyismus als Hauptmethode bei der Kommunikation mit Brüssel als begrenzte und unzureichende Instrumente bei der Erfüllung der Forderungen der EU. Erst ein später erstellter Aktionsplan zur Erfassung Gotovinas und eine Reihe von durchgeführten Polizeimaßnahmen stießen auf positive Reaktionen in Den Haag und Brüssel. Auf der Grundlage der bis dahin vorliegenden Ergebnisse der kroatischen Bemühungen will der EU-Ministerrat im September über eine eventuelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr entscheiden.

Die Entscheidung der EU über den Verhandlungsaufschub führte in der kroatischen Öffentlichkeit, deren Haltung zum Thema Gotovina weiter gespalten ist, zur Vermehrung europakritischer Stimmen. So entstand eine paradoxe Situation, in der zugleich die Regierung Sanader wegen ihres Misserfolgs einen Vertrauensverlust erlitt und das Lager der EU-Gegner gestärkt wurde. Der Rückschlag im Annäherungsprozess Kroatiens an die EU hat gezeigt, dass die Bürger insgesamt unzureichend informiert sind über die konkrete Bedeutung der EU-Integration, die an ihr Land konkret gestellten Anforderungen sowie die Tiefe der von ihrer Regierung in diesem Rahmen unternommenen

Reformbemühungen. So bleibt die Meinung der Bürger zur EU oberflächlich. Dieser Aspekt birgt grundsätzlich die Gefahr eines negativen Umschlags in der Haltung zur EU wie des Wiedererstarkens nationalistischer und isolationistischer Kräfte, sollten die Verhandlungen mit Brüssel für längere Zeit ins Stocken geraten.

[Anfang Oktober kam es zu einer überraschenden Wende in der Haltung der EU. Carla Del Ponte bescheinigte Kroatien weitgehende Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal, so dass die EU nun Beitrittsverhandlungen mit dem Balkanstaat aufnimmt. Ein weiterer Erfolg ist zu vermelden: Ante Gotovina will sich einem kroatischen Gericht stellen.]

Regierung, Opposition, Wahlen

Die Minderheitsregierung der **Koalition** von HDZ, kroatischer Rentnerpartei und den Vertretern der serbischen Minderheit erweist sich ebenfalls als fragil. Wegen ihrer Tendenz, nach „rechts“ zu schwenken und zum nationalistischen Diskurs zurückzukehren, erweckte die HDZ bereits einige Male Unmut bei Milorad Pupovac, dem Vertreter der serbischen Minderheit in Kroatien. Die sich zunehmend konsolidierende Rentnerpartei hat bereits mehrfach mit Rückzug gedroht, sollten die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt werden. Ihr Regierungseintritt beruht auf dem Versprechen Sanaders, die den Rentnern in den 90er Jahren nicht ausgezahlten Renten zu erstatten. Neben den Schwierigkeiten mit den Koalitionspartnern hat Premier Sanader zwei seiner wichtigsten Mitarbeiter, Vize-Premier Andrija Hebrang und Außenminister Miomir Zuzul verloren. Während Hebrang aus gesundheitlichen Gründen ausschied, musste Zuzul nach einer Reihe von politischen Affären zurücktreten, die das Ansehen der Regierung ernsthaft untergraben haben. Zuzul war bis zu seinem Ausscheiden Leiter des kroatischen Verhandlungsteams mit der EU.

In der HDZ selbst wird von Zeit zu Zeit eine Polarisierung und schizophrene Spaltung zwischen der pro-europäischen, „reformierten“ Parteiführung und den weiterhin nationalistisch orientierten Kräften sichtbar, die vor allem auf lokaler Ebene dominieren. Dort herrscht die Tendenz zur Bildung monoethnischer Koalitionen mit Parteien des rechten Spektrums wie der Kroatischen Rechtspartei (HSP) vor, und es macht sich der Wunsch nach Rückkehr zum alten nationalistisch-isolationistischen Diskurs bemerkbar. Nach dem Aufschub der Verhandlungen mit der EU gab es erheblichen Druck auf die Führung der HDZ. Sanader sollte als Antwort die HSP in die Regierung aufnehmen, was dieser aus pragmatischen Erwägungen ablehnte. Diese innerparteiliche politische Spaltung dürfte sich bis zu den nächsten Parlamentswahlen noch vertiefen. Dabei bleibt offen, welche der beiden Strömungen am Ende dominieren wird. Sanaders Position als HDZ-Präsident ist eine Minderheitsposition, sowohl gegenüber der eigenen Parteibasis als auch im Verhältnis zu den HDZ-Wählern. Sie beruht nicht zuletzt auf der autoritären innerparteilichen Organisation wie auf dem Ausgang des EU-Annäherungsprozesses. Die fehlende Unterstützung für die Politik Sanaders beim Großteil der HDZ-Wähler wurde an den Niederlagen sowohl bei den Präsidentschafts- als auch bei den Kommunalwahlen deutlich. Mitte April 2005, kurz vor den Kommunalwahlen, kam es in der Partei zu einer Spaltung auf regionaler Ebene in Slawonien, die mit dem Parteiausschluss des einflussreichen Nationalisten Branimir Glavas und dessen Mitarbeiter

unter dem Vorwurf von „Regionalismus“, der angeblich im Gegensatz zur Parteipolitik steht, endete.

Die wichtigste Oppositionspartei, die Sozialdemokratische Partei Kroatiens (SDP), bot sich trotz des Erfolgs bei den Kommunalwahlen auch weiterhin nicht als ernsthafte politische Alternative dar, da sie ihre relativ zurückgezogene und defensive Politik fortsetzt. Ihre Spitzenpolitiker hielten sich mit Kritik an den besorgniserregenden Ergebnissen der Politik der amtierenden Regierung auffallend zurück. An den Präsidentschaftswahlen nahm die SDP nicht mit einem eigenen Kandidaten teil, sondern unterstützte die Kandidatur von Präsident Mesic. Während die linksliberalen politische Parteien (Kroatische Volkspartei (HNS), Liberale Partei (LS), Kroatische Sozial-liberale Partei (HSL)) an Unterstützung verloren, gewann am extremen rechten politischen Rand die HSP infolge der Vertrauenskrise in die Regierung und des angewachsenen Euroskeptizismus deutlich an gesellschaftlichem Einfluss.

Bei den **Kommunalwahlen**, die am 15. Mai abgehalten wurden, bekam im Großteil der Städte die SDP in Koalition mit der Kroatischen Bauernpartei (HSS) und der Kroatischen Rentnerpartei (HSU) (40%) die meisten Stimmen, wodurch sie nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen auf die politische Szene zurückkehrte. Nach den Wahlen wurde allerdings die Auflösung dieser Koalition angekündigt. Die HDZ ist mit nur 17% der Stimmen größter Wahlverlierer, wobei es ihr durch die Bildung von Nachwahl-Koalitionen und durch die Auflösung der Gewinnerkoalition nach den Wahlen gelang, die Niederlage deutlich zu mildern. Ein noch größerer Verlierer ist die liberale HNS, die nach einigen Korruptionsaffären innerhalb der Parteispitze einen Rückgang von 18% auf 8% der Stimmen erlebte. Wahlgewinner ist neben der SDP die ultrarechte Partei HSP, die, unterstützt von der Euroskeptizismus-Welle, von 6% auf 14% kam, wodurch sie sich die Führungssitze in einigen Gemeinden sicherte (der Parteivorsitzende Anto Djapic wurde Bürgermeister von Osijek). Zwei Aspekte der Wahlen zeigen, dass in Kroatien die Unzufriedenheit der Bürger mit dem etablierten politischen Establishment wächst: Zum einen die mit 40% relativ niedrige Wahlbeteiligung, und zum anderen der relativ große Erfolg der unabhängigen Bürger- bzw. Regionallisten (Tatjana Holjevac in Zagreb, Zeljko Jerkov in Split, Branimir Glavas in Osijek), eine Neuheit im Vergleich zu den vorigen Wahlen.

Die grünen Parteien in Kroatien, von denen fünf an den Kommunalwahlen teilnahmen, erreichten mit 1% erneut lediglich einen marginalen Stimmenanteil. Als größtes Problem erweisen sich zwei Faktoren: 1) die große Zersplitterung grüner Parteien bzw. der Misserfolg der bisherigen Bemühungen um eine Zusammenarbeit 2) die Unfähigkeit der Anpassung an die bestehenden tagespolitischen Agenden und ihre Problematisierung aus grüner Perspektive. Die Partei der „Grünen für Zagreb“ erzielte mit fünf Gemeinderäten von allen grünen Parteien den größten Erfolg und präsentierte sich so auf lokaler Ebene als neue anerkannte politische Kraft, während ihre Kandidatur für die Stadtversammlung jedoch erfolglos blieb.

Die **Präsidentschaftswahl** wurde in zwei Runden im Dezember 2004 und Februar 2005 abgehalten. Im ersten Durchgang erreichten der amtierende Präsident Stjepan Mesic und die HDZ-Kandidatin und

amtierende Vizeregierungschefin Jadranka Kosor die höchste Stimmenzahl, und damit den Einzug in die zweite Runde. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl gewann Stjepan Mesic mit 66% der Stimmen, seine Gegenkandidatin erreichte ca. ein Drittel der Wählerstimmen. Seit seinem offiziellen Amtsantritt im Februar 2005 übt Mesic für die nächsten fünf Jahre die Funktion des Präsidenten aus.

Auch die Präsidentschaftswahl zeigte, dass eine Unzufriedenheit über das politischen Establishment herrscht, die einen Nährboden für populistische Bewegungen darstellt. So erzielte in der ersten Runde der Außenseiter Boris Miksic, ein zurückgekehrter Emigrant und amerikanischer Geschäftsmann einen relativ großen Erfolg. Mit 18% der Stimmen gelang er an den dritten Platz und besiegte fast die HDZ-Kandidatin.

Geheimdienstskandal und Reformstau

Im vergangenen Jahr prägte ein Skandal um den Geheimdienst das politische Klima Kroatiens. Gegenstand war das illegale Verhör der ehemaligen Korrespondentin der Zeitung *Jutarnji list* durch den kroatischen Geheimdienst (POA). Bei dieser Aktion zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes versuchte der POA von Frau Puljiz auf der Grundlage von kompromittierenden Angaben über ihr Privatleben Informationen über die Aktivitäten von Präsident Mesic zu erpressen. Dieser Fall von direkter politischer Einmischung zeigte, dass die unter politischer und personeller Kontrolle in den 90er Jahren aufgebauten kroatischen Geheimdienste auch weiterhin der Kontrolle staatlicher Institutionen entzogen sind und dass eine diesbezügliche grundlegende Reform bisher ausgeblieben ist. Der Hintergrund des gesamten Falls bezieht sich auf den Konflikt zwischen den Geheimdiensten, die dem Premier Ivo Sanader bzw. dem Präsidenten Stjepan Mesic nahe stehen, sowie auf deren gegenseitige Konkurrenz bei der Verfolgung des flüchtigen Generals Gotovina. Die Sphäre der Geheim- und Sicherheitsdienste ist ein Bereich, in dem die Kohabitation zwischen Mesic und Sanader auf die größten Hindernisse stößt, da gerade in dieser Sphäre jede Reforminitiative des Präsidenten auf den größten Widerstand der mit alten HDZ-Kadern besetzten Führungspositionen trifft und in deren Reihen sich auch mögliche Helfer Gotovinas verstecken. Der Fall zeigte gleichzeitig auch die Probleme mit der Medienfreiheit und dem Schutz von Journalisten bei ihren Recherchen, worauf u.a. die OSZE-Mission in Kroatien hingewiesen hatte.

Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit

Was die Auseinandersetzung der kroatischen Gesellschaft mit der jüngsten Vergangenheit betrifft, ist Präsident Mesic auch weiterhin derjenige Akteur, der sich am meisten dafür wie für die Normalisierung der Beziehungen mit den Nachbarländern einsetzt. Nachdem das Parlament im April 2005 eine Antifaschismus-Deklaration verabschiedet hatte, brachte Mesic anlässlich des 60. Jahrestags des Endes des 2. Weltkrieges gegenüber allen Opfern des Ustascha-Konzentrationslagers Jasenovac sein Bedauern zum Ausdruck. Nach der Teilnahme des serbischen Präsidenten Tadic auf der alljährlichen Gedenkveranstaltung für die mit den faschistischen Besatzungsmächten kollaborierenden serbischen Tschetniks auf dem Berg Ravna Gora sagte Präsident Mesic seinen Staatsbesuch in Belgrad ab. Sein nachgeholt

Besuchstermin im Juli 2005 umfasste u.a. die erste Begegnung eines kroatischen Politikers mit serbischen Flüchtlingen aus Kroatien, bei dem er diese zur Rückkehr aufrief. Auch die HDZ-Regierung demonstrierte wiederholt eine symbolische Distanzierung von ihrer nationalistischen Vergangenheit. Im Juli 2004 ordnete die Regierung die Entfernung von zwei Denkmälern für hochrangige Funktionäre des faschistischen kroatischen Ustascha-Staates in kroatischen Städten an. Im gleichen Monat wohnte der Premierminister Sanader mit Präsident Mesic der feierlichen Wiedereröffnung der Alten Brücke in Mostar bei, eine symbolische Distanzierung von der Politik der früheren HDZ-Regierung, deren Aggression auf Bosnien verantwortlich für die Zerstörung der Brücke gewesen war. Sanaders Besuch in Belgrad im November 2004, der erste Staatsbesuch eines kroatischen Premiers, stellte ebenfalls eine wichtige politische Geste gegenüber einem der Nachbarländer Kroatiens zur Überwindung der Vergangenheit dar.

Menschenrechte

Nach Einschätzung des Kroatischen Helsinki Komitees für Menschenrechte (HHO) kam es trotz der Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte im Jahr 2004, in der ersten Hälfte des Jahres 2005 zu einer deutlichen Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Die Stellung der größten ethnischen Minderheit in Kroatien (der serbischen) verschlimmerte sich, sowohl wegen Ausfällen der Medien (???) als auch wegen der politischen Turbulenzen nach den Kommunalwahlen. Wie aufgedeckte Fälle von Missbrauch in mehreren kroatischen Kinderheimen zeigten, sind die Rechte von Kindern und Schwachen in der Praxis ebenfalls ernsthaft bedroht. Auch das Recht auf Privatsphäre und die Wohn- und Eigentumsrechte sind in höchstem Maße gefährdet, laut Jahresbericht des HHO.

Die sensibelsten Bereiche bleiben die juristische Verfolgung kroatischer Kriegsverbrechen, die Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Den Haag und die Rückkehr der serbischen Vertriebenen und Flüchtlinge. Auch Korruption und Intransparenz stellen weiterhin große Probleme in der kroatischen Gesellschaft dar.

In der ersten Jahreshälfte 2005 wurde ein Anstieg ethnischer Spannungen und Intoleranz gegenüber der serbischen Minderheit verzeichnet. Obwohl derartige Ereignisse in den Medien überdramatisiert wurden, sind sie doch ein Beweis für das weiter existierende Potential an ethnischen Konflikten, vor allem in den ländlichen Regionen.

Anfang des Jahres kam der erste organisierte Konvoi serbischer RückkehrerInnen aus Serbien-Montenegro nach Kroatien. Die Rückkehr verlief ohne Zwischenfälle.

Zivilgesellschaft

In Kroatien übt die Zivilgesellschaft bisher insgesamt zu wenig öffentlichen Druck auf die Regierung aus, die deklarierte Stärkung des Rechtsstaats entsprechend in die Tat umzusetzen. Auch bei der Auseinandersetzung zwischen der EU und Zagreb um die Unzulänglichkeiten der Sanader'schen Reformpolitik präsentierten sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht als relevante gesellschaftliche Kraft, sondern agierten zumeist passiv.

Während der Kommunalwahlen warnte das „Frauennetzwerk“ („Zenska mreza“) vor Missachtung von Antidiskriminierungsvorschriften bei der Veröffentlichung der Kandidatenlisten für die Wahlen - wegen der geringfügigen und ungleichberechtigten Vertretung von Frauen. Eine öffentliche Debatte zwischen der staatlichen Gleichstellungsbeauftragten Helena Stimac-Radin und der Leiterin der Frauen-NRO B.A.B.E. offenbarte, dass insgesamt die Benachteiligung von Frauen in der kroatischen Gesellschaft trotz gewisser rechtlicher Verbesserungen weiterhin existiert, vor allem im Bezug auf Beschäftigungsverhältnisse aber auch in der Politik. „Iskorak“ und „Kontra“, die wichtigsten Organisationen, die sich mit dem Schutz sexueller Minderheiten in Kroatien befassen, kündigten die Forderung nach einem Gesetz über die Registrierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften an, das homosexuellen PartnerInnen die Gründung einer Ehegemeinschaft und den Anspruch auf alle Rechte, die dieser Institution gesetzlich zustehen, ermöglichen soll .

Ökologie

Bereits Anfang 2005 wiesen eine Reihe ökologischer Unfälle (häufiges Auslaufen von Erdöl, Emissionen oder Unfälle mit schädlichen chemischen Folgen etc.) auf die schwachen und unzureichenden Investitionen in die Infrastruktur hin, von der ein effizienter Umweltschutz abhängt. Das wichtigste ökologische Thema, das in letzter Zeit im Interesse der Politik und der Öffentlichkeit steht, ist das Projekt „Druzba Adria“ - ein Abkommen, das den Transport von russischem Erdöl durch acht Länder in den Hafen von Omisalj auf der Insel Krk regelt. Während des Präsidentschaftswahlkampfs nahm Präsident Mesic eine neutral-affirmative Position ein (im Einklang mit seiner Meinung über notwendige Auslandsinvestitionen), wohingegen die Kandidatin der regierenden HDZ, Jadranka Kosor, den Ausstieg aus dem gesamten Projekt forderte. Der ganze Fall bestätigt das vorhandene Problem der niedrigen Beteiligung der Bürger in diesem gesellschaftlichen Bereich, für die der beschränkte Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen eine Rolle spielt.

Wirtschaftslage

Im Laufe des Jahres stagnierte das Wirtschaftswachstum. Eine negative Wirtschaftsentwicklung sowie eine kontinuierliche Verschlechterung auf der Weltrangliste der Konkurrenzfähigkeit ließ Kroatien hinter Rumänien und Bulgarien fallen. Die Auslandsschulden stiegen auf über 85% des BIP an, die Wachstumsrate ist die niedrigste in der Region, und nach Schätzungen der Europäischen Kommission beträgt das kroatische BIP nur 46% des BSP der EU. Die Arbeitslosigkeit wird auf ca. 19% geschätzt. Die Zahl der Schwarzarbeiter liegt bei 400.000. Im April 2005 übte der Internationale Währungsfond (IMF) Druck auf Kroatien aus, die Gesundheits- und Rentenreform durchzuführen, und die öffentlichen Ausgaben zu senken. Gleichzeitig wurde während des Besuchs des Finanzministers Ivan Suker beim IMF darauf hingewiesen, dass vor Beginn der EU-Verhandlungen ein neues Stand-By Arrangement von Kroatien erwartet wird, was in der Öffentlichkeit als zusätzliche Bedingung für den Verhandlungsbeginn betrachtet wird. Die Auslandsinvestitionen, die hauptsächlich aus Österreich, den USA und Deutschland stammen, reduzierten sich Berichten zufolge im Vergleich

zum Vorjahr um 50% auf eine Milliarde Dollar. Gegenläufig zur allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation ist der Straßenbau auch weiterhin einer der größten Trumpfe der HDZ-Regierung. Im Juni wurde die Autobahn zwischen der Hauptstadt und der dalmatinische Küste in Betrieb genommen. Ist sie zum einen ein Marketingtrick, der den „kroatischen“ Traum von der Nord-Süd-Verbindung anspricht, stellt die Regierung die neue Autobahn zum anderen als Instrument der Revitalisierung der kroatischen Wirtschaft und der weiteren Verbesserung des touristischen Angebots dar. Dabei ist noch immer unklar, inwieweit sich das Projekt, das eine hohe Verschuldung zur Folge hatte, als ökonomisch profitabel erweist.

Bosnien und Herzegowina

Dayton, Halbprotektorat und Staatsschwäche

Die Nachkriegsentwicklung in Bosnien-Herzegowina war und ist bestimmt von der spezifischen Staatstruktur, ein Produkt der im Daytoner Friedensabkommen (DPA) vom November 1995 festgeschriebenen Verfassung. Sie wurde zwischen den ehemaligen Kriegsparteien und der IG ausgehandelt, die den Staatsaufbau auf das Fundament eines schwachen Zentralstaates und der weitgehenden Territorialisierung (Entitäten, Kantone) und Institutionalisierung (zentralstaatliche Organe) von Ethnizität stellten. Zugleich steht Bosnien unter einem Halbprotektorat, das neben der internationalen Militärpräsenz vor allem auf den weitreichenden Kompetenzen der Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) beruht, welche die Absetzung und Benennung staatlicher Funktionäre auf allen Ebenen und die Inkraftsetzung und Suspendierung von Gesetzen (die sog. Bonn powers) umfassen. Die gleichzeitige Existenz von Halbprotektorat, ethnisierten Staatsstrukturen, Parteienpluralismus und kompetitiver Wahlen haben die Gestaltung wie die öffentliche Wahrnehmung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verzerrt, ohne dass sie zur Entstehung eines funktionalen Staates und stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse beigetragen haben.

Die gesellschaftspolitische Lage in BuH charakterisiert nach wie vor ein nicht funktionierender Staat, der sich durch fehlende staatliche Institutionen wie Innen-, Bildungs-, Kultus- oder Wirtschaftsministerium auszeichnet sowie durch die relativ einfache Möglichkeit, die Arbeit der vorhandenen staatlichen Institutionen oder Prozesse durch den sog. „Schutz der vitalen nationalen Interessen“ zu blockieren). Die Vorherrschaft nationalistischer Parteiinteressen in Gesetzes- und Gerichtsverfahren, politische Willkür der Machthaber von der lokalen bis zur gesamtstaatlichen Ebene, die Obstruktion von Exekutive und Judikative und fehlende Kontrolle über den Sicherheitsapparat (Polizei, Nachrichtendienste) sind die Folge.

Der Übergang zur „Brüsseler Phase“

Die Entwicklung der letzten 3-4 Jahre ist geprägt vom Bemühen der internationalen Gemeinschaft, durch beschleunigte Reformen den schwachen und ineffizienten bosnischen Zentralstaat so zu stärken, dass die Bedingungen für den Beginn des Integrationsprozesses in die Europäische Union geschaffen werden. Ziel dieser Politik ist es einerseits, mittelfristig die internationale Verantwortung für den Friedens- und Demokratisierungsprozess weitgehend auf die EU zu übertragen, und andererseits, das internationale Halbprotektorat

unter Federführung des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) Paddy Ashdown so weit abzubauen, dass die innergesellschaftlichen bosnischen Kräfte den Reformprozess eigenständig weiterführen. Der Übergang des Friedensprozesses von der Daytoner zur sog. „Brüsseler Phase“, der bereits 2003 begonnen hatte, setzte sich im Dezember 2004 mit der Übergabe der NATO-geführten Friedenstruppen an EU-Einheiten (EUFOR - European Union Force in BuH) fort. Da die EU Bosnien-Herzegowina ein Reformpaket mit 16 Punkten als Bedingung für die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens - der erste Schritt hin zu einer Vollmitgliedschaft - gestellt hatte, konzentrierte das OHR seine Arbeit mit den staatlichen Institutionen und politischen Parteien auf die so vorgezeichneten Bereiche.

Dabei ist die Arbeit des hohen Repräsentanten Ashdown bestimmt von der politischen Dominanz nationalistischer Parteien, die bei den allgemeinen Wahlen kurz nach seinem Amtsantritt im Herbst 2002 an die Macht zurückgekehrt sind. Die Strategie Ashdowns, die Nationalisten dadurch einzubinden, dass er sie zu Reformkräften erklärte, konnte im ersten Jahr gewisse Erfolge vorweisen, offenbarte ihr Scheitern jedoch bereits Anfang 2004, als konkrete Schritte zur Stärkung des Zentralstaates auf offenen Widerstand der regierenden Nationalisten stießen.

Eine vom OHR angestoßene, über das gesamte Jahr 2004 sich hinziehende Debatte über die Möglichkeit einer Änderung der Daytoner Verfassung offenbarte den fehlenden Konsens zwischen den nationalistischen Parteien der Bosniaken, Kroaten und Serben. Aber auch der Versuch von Ashdown, innerhalb der bestehenden konstitutionellen Ordnung die Kompetenzen gesamtstaatlicher Institutionen zu stärken, führte diesen in offene politische Konflikte, vor allem mit den politischen Kräften aus der Republika Srpska (RS). Nachdem die NATO die Aufnahme von Bosnien in ihr Programm „Partnership for Peace“ mit der Begründung abgelehnt hatte, dass es die RS versäumt habe, die vom UN-Tribunal in Den Haag gesuchten ehemaligen politischen und militärischen Führer Radovan Karadzic und Ratko Mladic sowie weitere mutmaßliche, bosnisch-serbische Kriegsverbrecher auszuliefern, setzte Ashdown im August 2004 59 Politiker aus der RS von ihren Ämtern ab - u.a. den Innenminister der serbischen Entität Branko Djeric sowie Dragan Kalinic, Parlamentspräsidenten der RS sowie Präsidenten der größten serbischen Partei, der Karadzic-Partei, der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) -. Nachdem dieser Eingriff ohne Wirkung blieb und die NATO im Dezember erneut die Mitgliedschaft verweigerte, entthob Ashdown weitere Polizeifunktionäre und Kommunalpolitiker in der RS ihrer Funktionen. Auf die parallel zu dieser Entscheidung gemachte Reformankündigung, die politischen Kompetenzen von Polizei und Militär auf die gesamtstaatliche Ebene übertragen zu wollen, reagierten die serbischen Politiker mit dem Rücktritt der RS-Regierung von Premier Dragan Mikerevic sowie dem Rückzug der meisten serbischen Minister aus der zentralstaatlichen Regierung, dem Ministerrat. Zwar endete die folgende dreimonatige Verfassungskrise im Februar 2005 mit der Vereidigung einer neuen Regierung der Republika Srpska unter dem SDS-Politiker Pero Bukeylevic und der Rückkehr der serbischen Vertreter in den Ministerrat. Der Widerstand v.a. gegen eine Reform der Sicherheitsorgane, der von allen serbischen Parteien gestützt wurde, setzte sich jedoch ungebrochen fort und mündete im Scheitern von Allparteiengesprächen mit dem OHR an der Weigerung der serbischen

Vertreter, einer territorialen Organisation der Polizeibehörden nach nicht-ethnischen Kriterien zuzustimmen - dem bis dahin größten Rückschlag im begonnenen EU-Integrationsprozess.

Auch gegenüber politischen Repräsentanten der bosnisch-kroatischen Nationalisten sah sich der Hohe Repräsentant in diesem Jahr gezwungen, seine ungeliebten Bonn-powers einzusetzen. Im April setzte er den kroatischen Vertreter im bosnischen Staatspräsidium Dragan Covic (HDZ) ab, nachdem dieser erklärt hatte, trotz einem gegen ihn vor dem bosnischen Gerichtshof eingeleiteten Gerichtsverfahrens wegen Korruption im Amt verbleiben zu wollen. Im Juni wurde Covic gegen allen internationalen Druck zum Präsidenten der HDZ gewählt.

Die sich über den gesamten Winter erstreckende Blockade des bosnischen Ministerrats (zentralstaatliche Regierung) fand im Juni ihre Fortsetzung, nachdem Premier Adnan Terzic, Partei der Demokratischen Aktion (SDA), - bosniakische nationalistische Partei - den Außenminister Mladen Ivanic, Präsident des serbischen Koalitionspartners in der Regierung, der Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP) mit Verweis auf dessen im Februar zurückgezogenen Rücktrittsgesuchs entlassen hatte. Die dadurch ausgelöste Verfassungskrise dauert an.

Parteiensystem, Kommunalwahlen

Das Parteiensystem ist geprägt von der spezifischen Struktur des politischen Systems, in dem die politische Verantwortung zugleich bei der IG und bei den einheimischen politischen Kräften liegt, so dass keine eindeutige Zuweisung von politischer Verantwortlichkeit möglich ist. Im vergangenen Jahrzehnt wurde die nationalistische Politik von internationaler Seite subventioniert.

Das Parteiensystem weist ideologisch eine Zweiteilung auf. Auf der einen Seite befinden sich die nationalistischen Parteien, allen voran die Parteien, deren Regierungskoalition nach den ersten freien Wahlen 1990 das Land in den Krieg geführt hat (SDS, HDZ und SDA). Auf der anderen Seite befinden sich einige größere Parteien, die sich als nicht-nationale oder gemäßigt-nationale Parteien verstehen. Keiner dieser Parteien (Sozialdemokratische Partei SDP, Partei für BuH SBiH, Unabhängige Sozialdemokraten der RS SNSDRS) ist es allerdings bisher gelungen, sich als ernstzunehmende politische Alternative zu profilieren bzw. sie haben sich in kurzen Perioden der Regierungsverantwortung weitgehend diskreditiert. Diese Parteien leiden an den gleichen demokratischen Strukturproblemen wie ihr nationalistisches Gegenüber: Dominanz politischer Rhetorik gegenüber professioneller parlamentarischer Arbeit, autoritäre innerparteiliche Entscheidungsstrukturen und autoritärer Führungsstil der Parteivorsitzenden, unterentwickelte programmatische Arbeit, fehlende Basisarbeit etc.

Die Anfang Oktober 2004 abgehaltenen Kommunalwahlen weisen scheinen nicht auf einen größeren demokratischen Wandel hin. Einzige größere Überraschung stellte das unerwartet gute Abschneiden der oppositionellen SNSD in der serbischen Entität dar, die einen enormen Zuwachs an Stimmen und die Regierungsübernahme in zahllosen Gemeinden verzeichnen konnte, zumeist auf Kosten der regierenden SDS, die schwere Einbußen einnehmen musste und damit offensichtlich für die bescheidenen Resultate, die die amtierende RS-Regierung vorzulegen hatte, abgestraft wurde. In der Föderation bestätigten

die Wahlergebnisse weitgehend die Dominanz der nationalistischen kroatischen und bosniakischen Parteien HDZ und SDA. Herausragendstes Merkmal der Wahlen war die niedrige Wahlbeteiligung von 47%, ein Rückgang gegenüber den Gemeindewahlen 2000 von fast 20% und gegenüber den allgemeinen Wahlen von 2002 von fast 10%. Dies weist eindeutig auf einen Prozess fortschreitender Entfremdung vom politischen System und den etablierten Parteien in einem Großteils der Bevölkerung hin.. Besonders dramatisch ist diese Entwicklung bei den jüngeren Bevölkerungsteilen. Von den Unter-30-jährigen sind weniger als 15% zu den Wahlurnen gegangen.

Srebrenica und die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit

Im vergangenen Jahr prägten der Umgang mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal und der 10. Jahrestag des Genozids in Srebrenica das Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit. Die Behörden verweigerten fast ein Jahrzehnt lang die Kooperation mit dem Haager Tribunal. Doch schließlich kam es nach diversen Strafmaßnahmen des OHR im 2. Halbjahr 2004 sowie der Infragestellung der Existenz der Entität zu einer Wende in der RS-Politik. Im Laufe des Winters und Frühjahres wurden fast alle gesuchten bosnisch-serbischen Angeklagten (mit Ausnahme der noch immer flüchtigen Karadzic und Mladic) nach Den Haag überstellt und wichtiges Dokumentenmaterial aus der Kriegszeit übergeben. Einen wichtigen Schritt stellte auch die Eröffnung der auf Druck des OHR eingerichteten Kammer für Kriegsverbrechen beim Bosnischen Gerichtshof im März 2005 dar, das mittelfristig die juristische Verfolgung vom UN-Tribunal übernehmen wird.

Im Oktober legte eine vom OHR dekretierte und von der RS-Regierung eingesetzte Kommission zu Srebrenica ihren Bericht vor, mit dem erstmals von offizieller Seite der RS der serbische Massenmord in Srebrenica anerkannt wurde. Dieser Bericht wurde erst ermöglicht durch die Intervention des Hohen Repräsentanten, der die systematischen Bemühungen der mehrheitlich serbischen Kommissionsmitglieder unterbunden hatte, die Verbrechen zu verharmlosen. Begleitet wurde die Veröffentlichung von einer TV-Ansprache des RS-Präsidenten und SDS-Politikers Dragan Cavic, in der dieser den Massenmord von Srebrenica anerkannte. Dass das Verhältnis zur Vergangenheit widersprüchlich bleibt und nicht zu verstehen ist ohne den Faktor IG, zeigte sich bei den Ereignissen um den 10. Jahrestag des Genozid von Srebrenica. Einerseits gab es am 11. Juli 2005 unter der Schirmherrschaft des bosnischen Staatspräsidiums eine große offizielle Gedenkveranstaltung in Potocari bei Srebrenica., die von einem Organisationskomitee aus staatlichen und nicht-staatlichen Vertretern vorbereitet wurde und an der neben ranghohen ausländischen Staatsgästen und dem serbischen Präsidenten Tadic die gesamte Führung der serbischen Entität (Präsident, Premier, Innenminister) teilnahm.. Andererseits jedoch stand die Potocari-Veranstaltung faktisch unter der Schirmherrschaft des bosniakischen Mitglieds des Staatspräsidiums und SDA-Vorsitzenden Tihic, während das Organisationskomitee nur von Vertretern der Opferverbände und anderen bosniakischen, gesellschaftspolitischen Repräsentanten gebildet wurde. Die gleichen RS-Vertreter, die am 11. Juli in Potocari anwesend waren erschienen am Tag darauf auf einer Art serbischer Gegenveranstaltung im Ort Kravica zum Gedenken an serbische Kriegsoffer aus der Umgebung von Srebrenica. Und der RS-Präsident Cavic erklärte am Abend nach der offiziellen

Gedenkveranstaltung, seine Anwesenheit bedeute keinerlei serbische Anerkennung eines Genozids in Srebrenica.

Situation der Menschenrechte

Die Menschenrechtssituation in BuH bleibt auch im zurückliegenden Jahr trotz erheblicher Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage und umfassender Reformen des Rechtssystems unter internationaler Beteiligung schwierig. Zwar hat sich durch diese Reformen insgesamt die Rechtssprechung verbessert, Gerichte und Sicherheitsbehörden bleiben aber auch weiterhin bis in höchste Instanzen durchsetzt von Korruption und Ineffizienz. Gänzlich frei von Bestechlichkeit und politischer Einflussnahme arbeiten lediglich jene Teile des Systems, dessen Personal mehrheitlich von ausländischen Juristen gestellt wird, [kann man das so sagen?] wie die Abteilung für organisierte Kriminalität am bosnischen Gerichtshof, die im letzten Jahr erstmals zahlreiche hohe Politiker und bedeutende Unternehmer juristisch verfolgt hat. Doch auch diese Institutionen bleiben in ihrer Effektivität begrenzt, da sie nur eingeschränkt die Politisierung der einheimischen Sicherheitsbehörden aufzuheben und die fehlende ökonomisch-institutionelle Grundlage für ein angemessenes Zeugenschutzprogramm ermöglichen können. Die Auflösung der Menschenrechtskammer 2003 und der Umbau der Institution der Ombudsleute BuH für Menschenrechte haben entgegen der damaligen Versicherungen des OHR zu einer institutionellen Schwächung des Menschenrechtsschutzes der bosnischen Bürger geführt.

Schwierig bleibt weiterhin die Menschenrechtssituation von Rückkehrern in Gebiete, in denen sie in Folge der Kriegsvvertreibungen heute ethnische Minderheiten darstellen. Gewaltsame Übergriffe gegen Rückkehrer, Schändung von Friedhöfen und Gotteshäusern sind weiterhin präsent, auch wenn es insgesamt weniger Vorfälle gibt als direkt nach Kriegsende. Neben der schwierigen ökonomischen Situation wird die Rückkehr ebenfalls durch die Diskriminierung von Seiten der Gemeindebehörden erschwert. Sie behindern zum Beispiel den Zugang zu Dokumenten oder verweigern Telefonanschlüsse, , Strom- und Wasserversorgung.

Die gesellschaftliche Stellung der Frau ist weiterhin weit entfernt von der in den letzten Jahren in diversen gesetzlichen Regelungen festgeschriebenen Gleichberechtigung. Das gilt für das öffentliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben und wird besonders in der Politik deutlich. So haben sich die Parteien bei den letzten Kommunalwahlen zwar an die gesetzliche Vorgabe gehalten, dass 30% der Kandidaten Frauen sein müssen, ihren Sinn aber zugleich dadurch umgangen, dass sie überwiegend auf niedrigen Listenplätzen plazierte wurden. So waren von 908 Kandidaten für die Direktwahl der Bürgermeister nur 33 Frauen, gewählt wurden nur 3 von 148 [Häh?]. Ein wesentliches Problem bleibt die aufgrund von Krieg und sozialer Not hohe Rate familiärer Gewalt. Zwar wurden für diesen Bereich im Juni dieses Jahres neue Gesetze erlassen, doch fehlt es vor allem an Einrichtungen zur Versorgung von Opfern und Tätern. Während im Bezug auf Gewalt gegen Frauen durch NRO-Aktivitäten erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen sind, ist Gewalt gegen Kinder, von denen laut Statistik 30% betroffen sein sollen, ein weitgehend vernachlässigtes Problem.

Die Situation von Homosexuellen bleibt weiterhin geprägt von Benachteiligung in der Arbeitswelt wie insgesamt von gesellschaftlicher Marginalisierung.

Zivilgesellschaft

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft bleibt ebenso unbeständig wie offen. Gefangen zwischen schwachen Staatsstrukturen, einem hochgradig ethnisierten Parteiensystem, autoritär eingreifenden internationalen Organisationen und einer zunehmend politisch desillusionierten und zugleich passiven Bevölkerung suchen die zum Großteil erst seit dem Kriegsende entstandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen ihren Platz in der Gesellschaft. Dabei sehen sie sich zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass der schrittweise Rückzug der IG aus BuH sie in der Abnahme der Finanzierung ihrer Aktivitäten direkt betrifft, während zugleich das Ziel, ökonomisch selbsttragend zu werden, unerreichbar bleibt. Von der IG (und auch den Staatsorganen) werden sie entweder ignoriert oder in eine Position gedrängt, in der sie das Versagen staatlicher Institutionen durch ihr nicht-staatliches Engagement kompensieren sollen. So ist das seit Ende 2004 zu registrierende Bemühen des OHR, vermehrt den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppen zu suchen, eher Folge der Erkenntnis, dass die Kooperation mit den etablierten politischen Strukturen nicht die erhofften Resultate gezeigt hat, als das Ergebnis eines grundlegenden Sinnes- und Strategiewandels.

Ökologie und Umweltschutz

Die Lage des Umweltschutzes im Bosnien bleibt unzufriedenstellend. Zwar wurden 2004 Umweltschutzgesetze auf Entitätsebene erlassen, es fehlt jedoch weiterhin an gesetzlichen Regelungen auf gesamtstaatlicher wie in der Föderation auf kantonaler Ebene. Dass die Politik insgesamt kein Interesse an Umweltfragen hat, zeigt sich daran, dass keines der verabschiedeten Gesetze bisher Anwendung gefunden hat. Es wurden weder relevante Institutionen geschaffen noch Haushaltsmittel für den Umweltschutz zur Verfügung gestellt. Ein gesetzlich eingerichteter Fond für Umweltschutz existiert nur auf dem Papier.

Eines der größten Umweltprobleme stellt in allen Gemeinden die Müllentsorgung dar. Hier soll ein 2004 von der Weltbank gestartetes Projekt zum Bau von insgesamt 16 neuen Mülldeponien wesentliche Verbesserungen schaffen. In der Forstverwaltung stellt das unkontrollierte Abholzen der Wälder weiterhin ein Problem mit dramatischen Folgen dar. Der bosnische Wald ist seit dem Krieg Objekt einer ausufernden Ressourcenplünderung unter Kontrolle nationalistischer Eliten.

Neben der Politik stellt das niedrige Bewusstsein der Bevölkerung für Umweltthemen ein großes Problem dar, mit dem vor allem NROs zu kämpfen haben, die in diesem Bereich aktiv sind. Einzig im Bezug auf die wiederaufgelebten Projekte zur Schaffung diverser Staudämme in BuH gelang es der Zivilgesellschaft, die lokale Bevölkerung in relevantem Maße zu mobilisieren.

Ökonomie

Die schlechte wirtschaftliche Situation bleibt weiterhin eines der Hauptprobleme Bosniens und der Herzegowina. Zwar gibt es positive Entwicklungen zu verzeichnen. So sind die durchschnittlichen Nettolöhne im vergangenen Jahr um 100 KM (KM : Euro - 2:1) gestiegen auf 550 KM in der Föderation und 450 KM in der RS. Der Exportumfang ist im ersten Halbjahr 2005 um 30% angewachsen und auch die Industrieproduktion verzeichnet einen positiven Trend. Doch diese Zahlen müssen auf dem Hintergrund der niedrigen Ausgangslage bzw.

der weiterhin sehr schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage gelesen werden. So ist die Arbeitslosigkeit weiterhin bei rekordverdächtigen 45%, der Außenhandel verzeichnet unverändert ein enormes Defizit und Importe sind nur etwa zu einem Drittel von Exporten gedeckt. Zwar stellen die von der IG verordnete Einführung einer gesamtstaatlichen Mehrwertsteuer und die Einrichtung eines Amtes für indirekte Besteuerung wichtige Schritte hin zu einer zentralstaatlichen Wirtschaftspolitik dar. Dennoch bleibt die bosnische Ökonomie auch weiter bestimmt von einer Fragmentierung des Marktes, einer niedrigen Industrieproduktion, vom Mangel an ausländischen Investitionen infolge der existierenden Rechtsunsicherheit sowie von der grassierenden Korruption und Schattenwirtschaft.

Serbien und Montenegro

Die allgemeine soziale und politische Dynamik ist vorherrschend gekennzeichnet durch die Abwesenheit eines Mindestmaßes an grundlegendem gemeinsamen Politikverständnis [???], den dysfunktionalen Rahmen des Staatenbunds Serbien und Montenegro, das Fehlen einer klaren und erkennbaren Strategie zur Statusfrage des Kosovo und die weitere Stärkung von Kräften der politischen Restauration, von nationalistischen und extremistischen Akteuren. Durch die Passivität der Regierung von Vojislav Kostunica werden die angehäuften Probleme immer größer und schwerer lösbar.

Blockiertes Verfassungsverfahren

Serbien ist schon seit fünf Jahren erfolglos bemüht, eine neue Verfassung zu verabschieden. Die Gründe für diesen Misserfolg liegen in der tiefen ideologischen und politischen Zerstrittenheit der politischen Akteure und Gruppierungen über den Charakter des Staates (national oder bürgerlich), über den Typ der horizontalen Organisation der Macht (Parlamentarismus oder Präsidialismus) und den Typ der vertikalen Organisation der Macht (Föderalismus oder Unitarismus). Weiterhin ungelöst bleibt die Beziehung zum negativen Erbe des alten Regimes, ebenso wie die Prozedur zur Verabschiedung der Verfassung. Im Verlauf der im zurückliegenden Jahr geführten Debatte über den Rahmen der Verfassungsreform rückte insbesondere die Verfahrensfrage in den Vordergrund. Gemäß einem Vorschlag soll die Verfassung vom gegenwärtigen Parlament in einer gewöhnlichen Mehrheitsentscheidung verabschiedet werden (Vorschlag der Demokratischen Partei Serbiens DSS); gemäß einem zweiten Vorschlag (Demokratische Partei DS) wird die Verfassung von einem gesondert gewählten Verfassungskonvent verabschiedet. Diese Streitigkeiten zeigen, dass auch eine dermaßen wichtige Frage, wie es die Verabschiedung des grundlegenden konstitutionellen Aktes Serbiens ist, zum Gegenstand von pragmatischen Parteiinteressen und kurzfristigen Kalkulationen geworden ist. Der offene Verfassungsrahmen bedeutet zusätzliche politische Instabilität und einen niedrigen Grad der Konsolidierung der rechtlichen und politischen Ordnung. Man kann davon ausgehen, dass der Druck der internationalen Gemeinschaft und die Aufnahme der Verhandlungen mit der EU die Bemühungen um die Ausarbeitung eines Entwurfs und die Verabschiedung der neuen Verfassung beschleunigen werden. Denn, eine neue Verfassung gilt als Voraussetzung für die Unterschrift unter das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Die Aktivitäten von einigen Parteien innerhalb

der Regierungskoalition (Serbische Erneuerungsbewegung SPO, G 17 Plus) weisen in diese Richtung.

Die Zukunft des Staatsverbundes Serbien-Montenegro

Der Staatenbund Serbien und Montenegro ist als Teil eines internationalen Vertrags zwischen den politischen Führungen Serbiens und Montenegros und mit Hilfe bzw. unter erheblichem Druck der Europäischen Union zustande gekommen. Die Verfassungscharta Serbiens und Montenegros wurde am 4. Februar 2003 verabschiedet und stellt die Grundlage dar, auf der auch weiterhin der zerbrechliche Kompromiss basiert, der in einer Zeit großer Ungewissheit erzielt wurde. Damals herrschte eine große Angst, Montenegros Unabhängigkeit könnte Kosovo ermuntern die eigene Unabhängigkeit zu erklären, was möglicherweise die Destabilisierung der gesamten Region bewirke. Die gesamte Konstituierung des Staatenbunds war von großen Schwierigkeiten und permanenten Konflikten zwischen den beiden Republiken begleitet. Die Union ist ein schwacher Verband, mit wenigen zentralen Funktionen, die sich größtenteils auf die Außenpolitik beschränkt. Die beiden Republiken haben verschiedene Währungen, Zollsysteme und Zölle. Der Beschluss der Europäischen Union über die Verabschiedung der zweigleisigen Herangehensweise im Prozess der Stabilisierung und Assoziierung zeigt, in welchem Maße diese Föderation dysfunktional geworden ist. Zudem sieht die Verfassungscharta vor, dass nach Ablauf einer Frist von drei Jahren die Mitgliedsstaaten berechtigt sind, einen Volksentscheid über den Austritt aus der Union abzuhalten, wodurch die Union einseitig aufgehoben werden kann. Die politische Strategie, die immer klarer vom regierenden Block in Montenegro artikuliert wird, ist auf Unabhängigkeit ausgerichtet. Das politische Angebot Serbiens und der internationalen Staatengemeinschaft, den Volksentscheid bis zur Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU aufzuschieben, wurde von Seiten der montenegrinischen Führung abgelehnt. Der montenegrinische Präsident Filip Vujanovic machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die politische Führung seines Landes auch um den Preis einer Verzögerung der Aufnahme in die EU auf dem eingeschlagenen Weg beharre.

Die montenegrinische Bevölkerung ist in der Unabhängigkeitsfrage tief gespalten und das Potential für Gewalt und Konflikte ist sehr groß. Der pro-serbische Block ist recht stark und nimmt gemäß verfügbaren Angaben noch weiter an Unterstützung zu. Nach der Volkszählung aus dem Jahr 2003 erklären sich in Montenegro 33 Prozent der Einwohner als Serben (gegenüber 11 Prozent 1991) und 43 Prozent als Montenegriner (gegenüber 61 Prozent 1991). Die serbische orthodoxe Kirche verstärkt die tiefe Spaltung der montenegrinischen Gesellschaft zusätzlich. Das Aufstellen einer Fertigbaukirche auf der Spitze des Berges Rumija mit Hilfe der Jugoslawischen Armee wurde in der montenegrinischen Öffentlichkeit als Versuch aufgefasst, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten zu zerrütten und den Prozess der Stärkung der serbischen Gemeinschaft in Montenegro zu unterstützen.

Europäische Integrationen

Mit der Vergabe einer positiven Machbarkeitsstudie hat die Europäische Kommission den Integrationsprozessen Serbiens und Montenegros in die EU eine neue Dynamik verliehen. Damit hat Serbien und Montenegro begonnen, sich vom letzten Platz im Rennen der Balkanstaaten um die EU-Integration wegzubewegen. Im Bericht der

Kommission wurde bewertet, dass Serbien und Montenegro die kritische Masse in den anfänglichen Reformen [???] zur Einführung der Marktwirtschaft in einer relativ kurzen Frist erreicht hat. Im Bereich der politischen Kriterien wurde die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag positiv bewertet, nach einem langen Zeitraum der Blockade. Innerhalb kurzer Zeit wurden 10 hohe Militär- und Polizeioffiziere nach Den Haag ausgeliefert, was als ausschlaggebender Grund bezeichnet wurde für die generelle Bewertung, dass die politischen Kriterien im ausreichenden Maße erfüllt sind. In bezug auf die Umsetzung der Resolution 1244 des Sicherheitsrates über den Kosovo wurde bewertet, dass die konstruktive Beteiligung Belgrads in dieser wichtigen Frage eine europäische Perspektive eröffnet. Gleichzeitig wurde betont, dass das Erbe des alten Regimes das Funktionieren demokratischer Institutionen und des Rechtsstaates verzögert. Das Niveau von administrativen Kapazitäten wird als relativ niedrig bewertet, insbesondere in Montenegro. Im Bereich der Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten müssen weitere Schritte unternommen werden im Bereich der Gesetzgebung, aber auch in der konkreten Umsetzung. Im wirtschaftlichen Teil der Kriterien wurden die niedrige volkswirtschaftliche Stabilität, die relativ hohe Inflation, die mangelnde Haushaltsdisziplin, die ausbleibende Restrukturierung staatlicher Unternehmen und der enorme Anteil der Schattenwirtschaft gerügt.

Der EU-Kommissar für Erweiterung Oli Rehn hat einen Zeitplan angekündigt, nach dem Verhandlungen am 12. Juli dieses Jahres beginnen sollen, die am 05. Oktober, dem 5. Jahrestag des Sturzes des Milosevic-Regimes mit der Unterzeichnung der Stabilisierung und Assoziierung mit Serbien und Montenegro enden sollen. Angesichts der offenen Statusfragen, sowohl bzgl. der Zukunft des Staatenbundes Serbien-Montenegro als auch des Kosovo bleibt allerdings unklar, worauf diese Pläne basieren.

Der EU-Integrationsprozess wird unterstützt von den Regierungsparteien wie den demokratischen Oppositionsparteien, sowie von der Mehrheit der Bürger. Abgelehnt wird er von der oppositionellen Serbischen Radikalen Partei und der Sozialistischen Partei Serbiens und deren Anhängern.

Kosovo

Die Eröffnung des politischen Prozesses in der Richtung der Aufnahme von Verhandlungen über den Status des Kosovo übt einen starken Einfluss auf die innere politische Dynamik in Serbien aus. Innerhalb des regierenden politischen Blocks gibt es kein klar artikuliertes politisches Angebot an die politische Elite im Kosovo und an die internationale Staatengemeinschaft. Das allgemeine politische Raster [von wem?] geht von drei Ausgangspunkten aus: a) von der Notwendigkeit der Aufnahme eines Dialogs und von Verhandlungen mit den Vertretern Kosovos bei einer gleichzeitigen Blockade der Teilnahme von serbischen Vertretern in den Institutionen von Kosovo; b) von der Ablehnung der Formel über die Unabhängigkeit Kosovos; c) von dem politischen Angebot, den Status Kosovos zu lösen, im Rahmen der Formel „mehr als Autonomie, weniger als Unabhängigkeit“. Obwohl die grundlegenden politischen Botschaften aus Belgrad auch weiterhin als widersprüchlich und unangemessen bezeichnet werden können, bedeuten sie dennoch in einem großen Maße Fortschritt in Bezug auf die Ausgangsposition von den vorherrschenden politischen Kräften und der Regierung Serbiens. Bezeichnend für diese Position waren der

offene Aufruf zum Boykott der Parlamentswahlen im Kosovo, zur Nichtteilnahme an der Arbeit der provisorischen Institutionen und zur Unterstützung der Idee der territorialen Teilung des Kosovo. Das Projekt der Dezentralisierung, initiiert von der serbischen Regierung, basiert im Grunde auf dem Gedanken der Teilung von Gebieten nach ethnischen Grundlagen und auf der Schaffung von institutionellen Voraussetzungen (getrennte Parlamente, Gerichte, Polizei, Schulwesen, Gesundheitswesen) zur Gründung einer eigenständigen „Autonomie (Staat) innerhalb einer Autonomie (Staat)“. Der wesentliche Fortschritt spiegelt sich wider im Aufruf zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen. In der serbischen Öffentlichkeit wurde das Projekt der allmählichen Unabhängigkeit Kosovos, vorgeschlagen im Bericht der Nichtregierungsorganisation „Internationale Kommission für den Balkan“, kritisch aufgenommen. Der nationalistische Block (Demokratische Partei Serbiens, Serbische Radikale Partei, Sozialistische Partei Serbiens) unterstützt unterdessen zunehmend die Strategie, die Frage der Zukunft der RS und des Status von Kosovo zu verknüpfen. Das Problem Kosovo ist in der politischen Öffentlichkeit Serbiens auch weiterhin eine Quelle von starkem politischem Groll und politischer Mobilisierung der Wählerschaft von extrem nationalistischen Kräften.

Kommunalwahlen und Parteiensystem

Die Tendenz der Stärkung extrem nationalistischer politischer Kräfte, insbesondere der Serbischen Radikalen Partei (SRS), setzt sich fort. Die politischen Schätzungen gehen davon aus, dass sich der Anteil der Serbischen Radikalen Partei einem Drittel der Wählerschaft nähert. Meinungsumfragen der Agentur „Faktor plus“ (Juli 2005, www.faktorplus.co.yu) zeigen, dass die Serbische Radikale Partei mit 30,3% der Stimmen ihre Position als stärkste politische Kraft in Serbien ausgebaut hat. Sie wird gefolgt von der Demokratischen Partei (23,1%), der Bewegung Kraft Serbiens (die Partei des Unternehmers, Kriegsprofiteurs und ehemaligen Milosevic-Vertrauten Bogoljub Karic - 17 %) und der Demokratischen Partei Serbiens (9,8%). Innerhalb des bürgerlichen Blocks ist einzig die liberal-demokratische Fraktion (innerhalb der DS) von Cedomir Jovanovic mit einer Unterstützung von 3,2 % bedeutend (angekündigt wurde die Verwandlung dieser Fraktion in eine Partei, mit der Erwartung, sie könnte bei den nächsten Wahlen die Hürde ins Parlament übertreten). Die Besonderheit dieser politischen Formation liegt darin, dass sich in ihr ein bestimmtes Bündnis von politischen Parteien (eines Teils der Demokratischen Partei, eines Teils des Serbischen Bürgerbundes, der Sozialdemokratischen Union) und des politisierten Teils der Zivilgesellschaft erneuert. Diese politische Formation erhebt den Anspruch, das politische Erbe Zoran Djindjicas anzutreten und die emanzipatorische Dynamik des Oktober-Umbruchs zu erneuern und stellt zugleich den schärfsten Kritiker der Demokratischen Partei unter Führung von Boris Tadic dar. Mit dem Erscheinen dieser Fraktion deutet sich eine Umgruppierung auf der politischen Linken an, mit offenem Ausgang.

Die Provinz- und Kommunalwahlen haben weiter den nationalistischen politischen Block gestärkt. Maja Gojkovic, stellvertretende Präsidentin der Radikalen Partei hat im Kampf um das Bürgermeisteramt von Novi Sad gesiegt, die Radikalen haben die Mehrheit gesichert im Parlament von Novi Sad und in weiteren wichtigen Kommunen in der Vojvodina (Kikinda, Sombor, Vrsac). Diese Radikalisierungstendenz ist besonders ausgeprägt in dieser Region, in

der es unter dem Einfluss der Kriegereignisse und des Zuzugs einer großen Zahl von serbischen Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina zu einer Veränderung in der demographischen Struktur gekommen ist. Diese Aspekte erwecken Angst unter den Minderheiten und einen Anstieg des Minderheitennationalismus, insbesondere innerhalb der ungarischen ethnischen Gemeinschaft. Die Ergebnisse der Kommunal- und Provinzwahlen zeigen, dass in Serbien eine ausgeprägt politische Spaltung in **Reform- und Restaurationskräfte** existiert. Den Kern der politischen Restaurationskräfte bildet die Serbische Radikale Partei. Es zeigt sich, dass das alte Regime wichtige Hebel in vielen Institutionen im Staatsapparat, in der Armee, Polizei, der staatlichen Wirtschaft, in Sicherheitsdiensten und den Medien behalten hat. Der Anti-Reform-Block stützt sich auf die Kriegsprofiteure, Gegner einer Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft (Anti-Den Haag-Lobby), auf die kriminalisierte Presse und organisierte Kriminalität. Er erzeugt ein Klima von nationaler und staatlicher Gefährdung, indem er versucht den demokratischen, Reform- und europäischen Weg Serbiens und dessen Akteure als Antipatrioten zu brandmarken.

Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit

Im zurückliegenden Jahr prägte das Verhältnis zur jüngsten Vergangenheit zum einen die neue Politik der Kooperation mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal, das von den politischen Vertretern als pragmatisch-politischer Imperativ dargestellt wurde, und nicht als Teil eines evtl. gewandelten Verhältnisses zur eigenen Geschichte. Zum anderen bestimmte es die konfrontative Haltung zum 10. Jahrestag des Genozids in Srebrenica, in dessen Zusammenhang zahlreiche Aktivitäten der serbischen Zivilgesellschaft standen und ein Video über die Ermordung von 6 muslimischen Männern durch Angehörige einer Sondereinheit des Innenministeriums Serbiens ausgestrahlt wurde. An den Reaktionen lassen sich das ambivalente Verhältnis der serbischen Gesellschaft zur jüngsten Geschichte wie die Widerstände gegen eine kritische Aufarbeitung ablesen. Die Ausstrahlung des Videos in allen serbischen Fernsehsendern hatte eine Schockwirkung auf die Bevölkerung, und die Parteien aller Lager sahen sich zum Eingeständnis der direkten Verantwortung Serbiens für Srebrenica gezwungen. Dieses Eingeständnis wurde jedoch zugleich konterkariert durch die politische Strategie fast aller relevanten politischen Kräfte, mit dem Verweis auf die von allen Seiten in den Balkankriegen ausgeübte Gewalt die eigenen Kriegsverbrechen vollständig zu relativieren. Diese Strategie bestimmte die Diskussion über eine von kleinen Parteien in das serbische Parlament eingebrachte Deklaration zur Verurteilung des Genozids von Srebrenica, die ohne Konsens und damit ohne eine Verabschiedung endete.

Lage der Menschenrechte

In Serbien ist die Rechtsstaatlichkeit geschwächt durch das Kriegserbe und durch Milosevics Regime, durch die dauerhaften Verbindungen zwischen der organisierten Kriminalität und dem politischen Extremismus und ihre ständige obstruktive Anwesenheit in den Teilen des politischen, militärischen und institutionellen Systems. Das Gerichtsverfahren anlässlich des Mordes von Zoran Djindjic und Ivan Stambolic zeigt klar auf diese Art von Verbindung. In Montenegro gibt es feste Verbindungen zwischen der organisierten

Kriminalität und Segmenten des politischen und institutionellen Systems. Das alles verursacht unzureichende Fortschritte in den Ermittlungen zu den während des vergangenen Regimes ausgeübten Verbrechen. Die Absetzung des Sonderstaatsanwalts für Kriegsverbrechen steht in direkter Verbindung mit diesen Widerständen. Prijic ist gleichzeitig auch die letzte wichtige Person, die eine bedeutendere Beteiligung hatte an der Aktion „Säbel“, der Polizeiaktion gegen die organisierte Kriminalität nach dem Mordanschlag gegen Zoran Djindjic.

In Serbien gibt es ernsthafte Schwierigkeiten in der Anwendung von Schlüsselinstrumenten des Menschenrechtsschutzes, insbesondere hinsichtlich der Institution des Regierungsagenten am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes des Staatenbundes Serbien-Montenegro. Neben diesen Problemen verzeichnet Serbien Beschränkungen der Pressefreiheit, das Fehlen einer Gesetzgebung zu Diskriminierung und das Fehlen eines Ombudsmanns für den Menschenrechtsschutz. Obwohl Serbien und Montenegro ein sehr gut geregeltes rechtliches System für Minderheitenrechte besitzen, wird dieses nicht angewandt. Die ethnischen Auseinandersetzungen in der Vojvodina (Temerin, Mali Idjos) und im Sandzak (Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von Fußballfans auf ethnischer Grundlage) verdeutlichen die Komplexität und Sensibilität der Minderheitenfrage. Die Bedingung für die Vertretung von Minderheiten im Parlament sind weiterhin durch hohe Hürden beschränkt und Initiativen für die Schaffung von territorialer oder kultureller Autonomie (Sandzak, Rechte der Bosniaken auf ihre eigene Sprache und Ausbildung) werden ohne jegliche ernsthaftere Debatten abgelehnt. Serbien charakterisiert zugleich ein Anstieg an Fremdenhass, insbesondere in Bezug auf Roma. Zahlreiche Berichte haben in den vergangenen Monaten aufmerksam gemacht auf einen dramatischen Anstieg familiärer Gewalt und von sexueller Misshandlung von Kindern. Die gesetzlichen Regelungen in diesen Bereichen sind in Serbien weiterhin unzureichend.

Zivilgesellschaft

Die Stagnation der rechtlichen und politischen Ordnung, die Erneuerung des sozialen und politischen Konservatismus sowie die Expansion des politischen Extremismus haben erneut die Fragen nach der Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft aufgeworfen. Die Zivilgesellschaft in Serbien war ein wichtiger Stützpfeiler des Widerstands gegen Krieg, Nationalismus und die Diktatur in Serbien und spielte eine bedeutende Rolle im Sturz des Milosevic-Regimes. Nach dem Oktober-Umbruch kam es zu einer offensichtlichen Desorientierung und einer Defensive der Zivilgesellschaft. Ein Teil der starken NROs (G17 plus, „Otpor“) hat sich in politische Parteien umgewandelt, ein anderer Teil hat sich der neuen politischen Macht angenähert. Eine radikale Veränderung erfolgte nach dem Mord des Ministerpräsidenten Zoran Djindjic, als der politisierte Teil der NROs unter der Formel der Aufrechterhaltung des politischen Erbes von Zoran Djindjic im öffentlichen Bereich die wichtigsten Fragen der politischen Modernisierung Serbiens bzw. die Frage der Beziehung zum negativen Erbe der nahen Vergangenheit zu stellen begann. Diese Strategie kam insbesondere im Rahmen des 10. Jahrestags des Genozids in Srebrenica zu ihrem vollen Ausdruck. Den NROs gelang es in dieser Zeit, die politische Öffentlichkeit zu mobilisieren und zum wichtigen Akteur in den öffentlichen Debatten über das negative Erbe des Milosevic-Regimes zu werden. Ein weiteres wichtiges

Charakteristikum ist das sich abzeichnende Bündnis mit den politischen Parteien, die die kritischen Positionen zum Erbe der jüngsten Vergangenheit einnehmen. Es wäre sehr wichtig die soziale und politische Energie aufrecht zu erhalten, die in Bewegung geraten ist, bei gleichzeitigem Erhalt der Pluralisierung, die dem zivilgesellschaftlichen Bereich eigen ist.

Wirtschaft

Die sozialwirtschaftliche Entwicklung entspricht nicht den Erwartungen. Die erklärten volkswirtschaftlichen Ziele wurden verfehlt. Das erwartete Wachstum des Bruttosozialprodukts von 5-7% betrug nur 1,5%, der Anstieg der Inflation 17% (www.izit.co.yu) statt unter 10% und im Gegensatz zu dem anvisierten Rückgang des Außenhandelsdefizits auf ein Niveau von 70% des Bruttosozialprodukts erreichte es eine rekordverdächtige Höhe von 7,4 Milliarden (die Gesamteinfuhr war mit 11.139 Milliarden dreimal höher als die Ausfuhr). Zudem beträgt die Arbeitslosenquote 31,7%, und 10% der Einwohner leben unter der Armutsgrenze. Die Hauptstrategie der Regierung, das Problem des Außenhandelsdefizits durch Zollpolitik zu lösen, scheint unzureichend. Die Lösung liegt, wie es die Analysen zeigen, die veröffentlicht wurden im „Weißbuch“ der Wirtschaftskammer Serbiens, in einem Anstieg von Investitionen und einem entsprechenden Wachstum des Bruttosozialprodukts (www.pks.co.yu). Die ungünstigen Wirtschaftsdaten werden zusätzlich durch den mangelnden Dialog zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern erschwert. Das tiefe Zerwürfnis innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und zwischen den zwei Hauptzentralen der Gewerkschaften (Verband von unabhängigen Gewerkschaften Serbiens und Vereinigte Branchengewerkschaft „Unabhängigkeit“) führen dazu, dass den größten Preis für die wirtschaftliche und soziale Transition auch weiterhin die ärmsten Schichten der Gesellschaft zahlen. Die unregelmäßige und intransparente Privatisierung, die Anwesenheit von schmutzigem Geld der Kriegsprofiteure, große Korruptionsaffären (Verkauf der Mineralwasserfabrik „Knjaz Milos“) machen die serbische Gesellschaft zerbrechlich und offen für parainstitutionelles Agieren. Ein solcher Zustand spielt zugleich dem Sozialpopulismus bestimmter politischer Kräfte in die Hände, wie ihn insbesondere die Serbische Radikale Partei und die Bewegung der Kräfte Serbiens pflegen.

Kosovo

Im Kosovo stand die gesellschaftspolitische Entwicklung im zurückliegenden Jahr unter dem Eindruck der landesweiten Unruhen vom März 2004 und war geprägt von der begrenzten Konsolidierung des Ansehens der UN-Verwaltung (UNMIK) unter dem neuen Missionsleiter Soren Jessen-Petersen, von den näherrückenden Verhandlungen zur Bestimmung des endgültigen völkerrechtlichen Status der Provinz, sowie von der Veränderung des inneralbanischen politischen Kräfteverhältnisses infolge der Parlamentswahlen und Regierungsneubildung im Herbst vergangenen Jahres.

UNMIK-Konsolidierung und Fahrplan Statusbestimmung

Im Juli 2004 trat der neue Leiter der UN-Mission im Kosovo Jessen-Petersen sein Amt an, nachdem dessen Vorgänger infolge der Märzunruhen und des völligen Vertrauensverlustes der UNMIK in der Provinz sich zum Rücktritt gezwungen sah. Die UN-Vertretung verwaltet

die Provinz als Protektorat seit dem Ende des Kosovokrieges und bis zur endgültigen Bestimmung ihres völkerrechtlichen Status. Jessen-Petersen ist es in den zurückliegenden Monaten durch sein entschiedenes und konstruktives Auftreten gelungen, einen Großteil des verloren gegangenen Vertrauens wiederzugewinnen. Er ordnete die weitere Übertragung von Kompetenzen auf die einheimischen politischen Institutionen (provisorische Regierung [PISG], Parlament, Gemeindebehörden) im Rahmen der „Standards vor Status“ an, die primär dem Bereich Wirtschaftspolitik betraf. In der zweiten Hälfte dieses Jahres soll die begrenzte Übertragung von Kompetenzen in Polizei- und Justizwesen folgen. Der Vertrauensgewinn auf Seiten der Albaner basiert vor allem auf dem resoluten Auftreten gegenüber der serbischen Regierung bzw. der Absage an Forderungen nach ethnischer Teilung des Kosovo und nicht zuletzt auf dem Drängen des Missionsleiters gegenüber der IG, die Lösung der Statusfrage anzugehen.

Der äußerst schwierige und nicht lange mehr aufrecht zu erhaltende gesellschaftspolitische Status quo wird beherrscht von der ungelösten Frage des völkerrechtlichen Status des Kosovo: Mit dem Ende des Kosovokrieges hat Serbien das Recht der Verwaltung an die UN verloren, völkerrechtlich ist die Provinz jedoch ein Teil der Republik Serbien geblieben. Die UN hat den Plan „Standards vor Status“ entworfen, nach dem seit 2002 Kompetenzen von der UNMIK auf Provinzbehörden übertragen werden. Die Bewertung der Performance dieser Provinzbehörden in bestimmten Politikbereichen soll Grundlage der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der IG, den albanischen politischen Strukturen und der serbischen Regierung sowie den Vertretern der kosovarischen Serben sein, die in der 2. Jahreshälfte 2005 beginnen sollen. Inzwischen wurde durch weitgehende Unbestimmtheit charakterisierte „Strategie“ präzisiert: Der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs Karl Eide im Juni 2005 hat damit begonnen, eine Revision des „Standards vor Status“-Programms durchzuführen. Seine Bewertung wird Grundlage für die sog. Kontaktgruppe¹ sein, auf der diese in den kommenden Monaten mit der UN eine Entscheidung über den Beginn der Verhandlungen über den Endstatus des Kosovo treffen wird.

Alles andere bleibt unbestimmt. Unklar ist zum einen, welche Auswirkungen ein positives oder ein negatives Ergebnis der Eide-Revision auf die Entscheidung über den Beginn der Verhandlungen über den Endstatus haben wird - hier sind die Aussagen der Kontaktgruppenmitglieder völlig widersprüchlich und zum anderen, welches Resultat die Statusverhandlungen haben könnten bzw. ob die Voraussetzungen für eine Entscheidung überhaupt existent sind. Die westlichen Staaten haben erklärt, dass sie eine Rückkehr Kosovos unter serbische Verwaltung wie vor 1999 nicht zulassen werden, ebenso wie den Anschluss des Kosovo an andere Staaten (damit ist in erster Linie der Anschluss an Albanien gemeint). Diese Vorgaben ließen eigentlich nur den wie auch immer gearteten Weg in die staatliche Unabhängigkeit der Provinz zu. Doch ist die Bereitschaft der IG, die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen, bisher nicht erkennbar. Die USA sind der stärkste Befürworter einer Unabhängigkeit, haben sich aber infolge des 11. Septembers weitgehend aus dem Kosovo

¹Die aus den Regierungen der USA, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Russlands zusammengesetzte Kontaktgruppe bei den Friedensbemühungen der IG in den 90er Jahren und wurde 2003 für den Kosovo wiederbelebt.

zurückgezogen. Russland, das sich nicht mehr an der KFOR-Mission beteiligt, ist strikt gegen diese Entscheidung. Weiterhin unklar ist, wie im Falle einer Entscheidung für die Unabhängigkeit der zeitliche Rahmen und die Rolle der IG aussehe, in welchem Grad die UNMIK bestehen bleibe bzw. ob das Protektorat mittelfristig an die (völlig unvorbereitete) EU übergeben werde. Ebenso unklar ist das Verhältnis von der Entscheidung über die Statusfrage und dem EU-Integrationsprozess.

Nicht weniger unklar ist, wie die Verhandlungen zwischen Albanern und Belgrad/Kosovoserben konkret gestaltet werden sollen. Da für die Albaner nach den Erfahrungen des serbischen Apartheitsregimes in den 90ern und der ethnischen Säuberungen während des Kosovokrieges eine Rückkehr unter serbische Verwaltung undenkbar ist und die politische Klasse in Belgrad wie die Vertreter der Serben in der Provinz eine Unabhängigkeit ebenso kategorisch ablehnen, ist ein Konsens kaum zu erreichen. Wie soll unter diesen Bedingungen der Zeitrahmen von Verhandlungen gestaltet sein, wird die IG Vorgaben machen und welche, und was passiert, wenn es, wie zu erwarten, zu keiner Einigung kommt?

Wahlen, Regierungswechsel und Parteienantagonismus

Während die Frage der Statuslösung näherrückt, gefährdet die Antagonisierung der albanischen politischen Landschaft auf dem Kosovo die Stabilität in der Provinz wie die Schaffung einer einheitlichen albanischen Verhandlungsposition.

Im Oktober 2004 haben im Kosovo die zweiten Parlamentswahlen unter int. Kontrolle seit Kriegsende stattgefunden. Das Wahlergebnis beließ das parteipolitische Kräfteverhältnis fast unverändert. Die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) von Präsident Rugova kam unverändert auf 45% der Stimmen, die Partei des ehemaligen Führers des politischen Arms der Kosovo-Volksbefreiungsarmee UCK Hasim Thaci, die Demokratische Partei des Kosovo (PDK) blieb bei einem dreiprozentigen Stimmenzuwachs mit 29% zweitstärkste Kraft, gefolgt von der Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) des ehemaligen UCK-Feldkommandeurs Ramus Haradinaj mit 8%.

Trotz dieses Ergebnisses kam es nicht zur Neuaufgabe der zwischen 2001 und 2004 regierenden großen Koalition zwischen den drei Parteien. Anstedessen einigten sich LDK und AAK trotz Widerstands in Teilen der IG auf eine Regierungskoalition unter Vorsitz des neuen Premier Haradinaj. Diese Veränderung des politischen Gleichgewichts zeigte ambivalente Ergebnisse. Der wegen seiner Kriegsbiographie insbesondere bei Kosovoserben und in Belgrad auf Ablehnung stoßende Premier überraschte als erfrischend neue politische Führungsfigur mit einem sich konstruktiv vom politischen Mainstream abgesetzten, auf das alltagspolitische Geschäft konzentrierten Politikstil. Während die Vorgängerregierung wegen der Aufteilung der Ministerien als Pfründe der drei Parteien nie als solche zu existieren begann, schaffte Haradinaj erstmals die Konsolidierung von Regierungshandeln. Er beeindruckte durch die dynamische Annahme der „Standards vor Status“-Strategie, die Marginalisierung von parteipolitischen Interessen und die auf Ausgleich und Versöhnung ausgerichtete Öffnung gegenüber der serbischen Seite. Die von ihm angestoßene politische Dynamik büßte jedoch ab März dieses Jahres einen Großteil seines Tempos ein, als Haradinaj nach der Anklageerhebung des UN-Tribunals gegen ihn wegen Kriegsverbrechen zurücktreten und das Premierministeramt an seinen weniger charismatischen Parteikollegen Bajram Kosumi abgeben musste.

Neben dem positiven Aspekt um den Führungsstil Haradinajs stellt der sich verschärfende Konflikt zwischen den Regierungsparteien, vor allem der LDK und der nun in die Opposition abgedrängten PDK, die negative Seite des Regierungswechsels dar. Frustriert durch den Verlust der Kontrolle staatlicher Institutionen und die Tatsache, dass es ihr offensichtlich unmöglich ist, die LDK bei Wahlen zu schlagen, und alarmiert durch die Möglichkeit, dass sie deshalb möglicherweise bei der auszuhandelnden staatlichen Unabhängigkeit keine Schlüsselrolle spielen könnte, übt sich die PDK im Parlament als Fundamentalopposition. Diverse Morddrohungen gegen Politiker verschiedener Parteien und verschiedene Anschläge im Laufe des Frühjahrs, u.a. gegen den Kosovo-Präsident Rugova zeigen, dass diese Antagonisierung des politischen Systems auch leicht in bewaffnete Konflikte ausarten kann.

Dieser Konflikt lässt sich erst auf dem Hintergrund von Struktur und Genese des Parteiensystems verstehen. Die LDK, die Anfang der 90er Jahre auf den Strukturen der Kommunistischen Partei des Kosovo entstanden ist und die mit ihrer Politik des gewaltlosen Widerstands gegen das Milosevic-Regime die politische Szenerie bis zum Kosovokrieg unangefochten dominiert hatte, ist auch weiterhin die einzige kosovarische Volkspartei. Die PDK, die sich als alleinigen legitimen politischen Erben der UCK ansieht, wurde am Ende des Kosovokrieges gegründet, als die LDK weitgehend politisch marginalisiert war. Als „Kriegsgewinner“ usurpierte sie gewaltsam alle staatlichen Organe in der Provinz, verlor aber kurz darauf bei den international organisierten Wahlen auf lokaler und Provinzebene ihre dominierende Stellung wieder an die LDK. Die AAK wurde vom ehemaligen UCK-Feldkommandanten Haradinaj mit der Absicht gegründet, eine Brücke zwischen der explosiven politischen Spaltung der Albaner in Friedens- und Kriegspartei zu schaffen. Sie integrierte sowohl Teile der ehemaligen UCK als auch früherer kleinerer Parteien. Beide Parteien, AAK wie PDK verfügen nur über eine starke regional-rurale Basis (Westkosovo bzw. Zentralkosovo/Decani). Das Hauptproblem des Parteiensystems stellen jedoch die innerparteilichen Strukturen dar, die bei allen drei Parteien den gleichen problematischen Charakter aufweisen: undemokratische, autoritäre innerparteiliche Strukturen; die Ausübung informeller Kontrolle über lokale wie zentrale Provinzorgane; die direkte Verbindung zur Schattenwirtschaft bzw. der organisierten Kriminalität und zu mafiosen Strukturen. Ein immer präsenteres Problem ist die Existenz von para-polizeilichen und para-nachrichtendienstlichen Organisationen unter der Kontrolle der Parteien, insbesondere der PDK und der LDK, die verantwortlich zu sein scheinen für die in den letzten Monaten zunehmende politische Gewalt im Kosovo.

Um ein Auseinanderfallen der albanischen politischen Strukturen im Vorfeld der Statusverhandlungen zu verhindern und eine gemeinsame albanische Verhandlungsposition zu beschließen, brachte der UNMIK Leiter nach mühsamen Konsultationen im Juni 2005 alle relevanten Parteien und Provinzvertreter an einen Tisch. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob angesichts der politischen Verhältnisse das Forum Bestand haben wird.

Die Kosovoserben im Griff Belgrads

Die Kosovoserben bleiben in der allergrößten Mehrheit nach Belgrad orientiert, bestimmt von der Hoffnung einer Reintegration der Provinz

in die Republik Serbien. Bestärkt wird die serbische Minderheit in ihrer Haltung von der Tatsache, dass es von Seiten albanischer politischer Vertreter mit Ausnahme des kurzen Wirkens des zurückgetretenen Premiers Haradinaj so gut wie keine Bemühungen gab und gibt, diese für eine andere Option zu gewinnen. So bleiben die Serben der verlängerte Arm Belgrads. In den wenigen verbliebenen serbischen Enklaven, vor allem im serbischen Teil der geteilten Stadt Mitrovica regieren von Belgrad finanzierte Parallelstrukturen, die nicht zuletzt durch ihre ökonomische Attraktivität bisher alternativlos sind. In der von Massenarbeitslosigkeit geprägten Provinz, die Serben noch mehr trifft als Albaner, zahlt die serbische Regierung aus dem Staatshaushalt Gehälter an die Angestellten in den parallelen Gemeindeorganen, die um ein vielfaches über denen im Rest Kosovos und in Serbien liegen. Nachdem die serbische Regierung die Serben auf dem Kosovo im Oktober 2004 zum Boykott der Provinzwahlen aufgerufen hatte, gaben weniger als 1% der Minderheit ihre Stimme ab. Als Folge des Boykotts blieben die meisten der für die serbische Minderheit im Provinzparlament reservierten 10 Sitze unbesetzt, so dass die Serben seitdem fast ohne politische Vertreter in den Kosovoinstitutionen sind und die pragmatischeren politischen Kräfte unter den Kosovoserben, wie die vorher im Parlament vertretene Gruppe „Rückkehr“ („Povratak“), vollständig marginalisiert wurden.

Die ökonomische Lage als sozialer Sprengstoff

Die ökonomische Lage stellt den Hauptgrund dar, warum der Status quo im Kosovo nicht weiter festgelegt wird. Die Situation der kosovarischen Wirtschaft ist nicht nur katastrophal, sie war in den zurückliegenden 12 Monaten auch schlechter als im Jahr 2003/2004, d.h. zum Zeitpunkt der Märzunruhen. Sie bleibt bestimmt durch die Altlast der schwerindustriellen Struktur der Industrie und beruht weiterhin größtenteils auf einer regional-politisch fragmentierten Schattenwirtschaft und den Transferzahlungen der albanischen Diaspora. Die Privatisierung der Staatsunternehmen blieb im zurückliegenden Jahr weiter mehr oder minder blockiert. Die Gründe dafür liegen ebenso in der problematischen Sicherheitslage, einer schwerfälligen Bürokratie wie im offenen Status der Provinz. IWF und Weltbank haben dem Kosovo in den letzten Monaten bescheinigt, dass eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage vor der Lösung der Statusfrage nicht möglich sein wird. So verschlechtert sich die Situation zusehends. Die schwache Wirtschaft und die fehlenden Haushaltseinnahmen gefährden mittlerweile die Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Das letzte Jahr war geprägt von zunehmenden Strom- und Wasserrestriktionen in der ganzen Provinz. Bei der von hohen Geburtenraten und der jüngsten Bevölkerung Europas geprägten demographischen Struktur stellt die enorme Arbeitslosenrate von statistisch 60% ein gefährliches Potential für eine neuerliche soziale Explosion dar.

Ausblick

Kroatien befindet sich im Moment in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation und politischer Rezession. Da der äußere Druck, durch die EU zur Zeit ausbleibt und eine kritische Masse [???] oder alternative politische Mehrheit fehlt, stagniert die Zusammenarbeit mit dem Den Haager Tribunal sowie der unverzichtbare Reformprozess. Der ansteigende Euroskeptizismus und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen behindern dabei zusätzlich den Beginn der

EU-Beitrittsverhandlungen, über den im September entschieden wird. Die Zusammenarbeit mit dem Den Haager Gerichtshof als einziger Ausweg Kroatiens aus der Krise reduziert die Komplexität der Gesellschaft auf eine politische Frage, so dass strukturelle Reformen bis zu demjenigen Moment aufgeschoben werden, in dem dieses politische Ziel erfüllt wird. Falls Kroatien imstande sein sollte, Gotovina entweder ausfindig zu machen und zu verhaften, oder exakt zu beweisen, dass es dazu nicht in der Lage ist, und infolge dessen ein Datum für den Verhandlungsbeginn bekommt, könnten die kurzfristigen negativen Effekte überwunden werden und die strukturellen Reformen an Legitimität zur Durchführung gewinnen. [Den Satz habe ich rausgenommen, weil doch keine Bevölkerung an schmerzhaften Reformen interessiert ist, wenn es keinen klaren Grund für sie gibt, oder?!] Auf der existierenden Parteienszene gibt es jedoch keine starken Optionen, die sich der Forderung des Den Haager Gerichtshofes gegenüber Kroatien stellen könnten.

Das kommende Jahr ist in Bosnien-Herzegowina politisch von mehreren bedeutsamen politischen Rahmenereignissen geprägt: im November jährt sich die Unterzeichnung des Daytoner Friedensabkommens zum zehnten Mal; 2006 tritt der noch unbekannte Nachfolger von Paddy Ashdown als letzter Amtsinhaber seine Funktion als Hoher Repräsentant an, ausgestattet mit der Aufgabe, das OHR abzuwickeln und im Herbst finden allgemeine Wahlen statt. Unter diesen Bedingungen erscheint die Zukunft Bosniens mehr als ungewiss und keineswegs rosig. Für eine Revision von Dayton von innen mangelt es an den entsprechenden politischen Kräften, für eine Revision von außen am Interesse und Willen der IG. Da die IG entschlossen scheint, ihre Rolle als Halbprotektorat aufzugeben, und die EU nicht bereit ist, diese fortzuführen, und gleichzeitig bei den kommenden Wahlen kein Machtwechsel zugunsten der schwachen nicht-nationalistischen Kräfte zu erwarten ist, spricht nichts dafür, dass die regierenden Nationalisten willens sein werden, ihre Blockadepolitik gegen die Reformvorhaben aufzugeben, die einen ernsthaften Schritt in Richtung EU-Integration ermöglichen würden.

In Serbien werden die geerbten und ungelösten Probleme entscheidend die soziale und politische Dynamik im kommenden Jahr beeinflussen. Auf dem innenpolitischen Feld wird die Frage der verfassungsmäßigen Ordnung Serbiens dominieren. In Bezug auf die territorialen Organisation der Republik Serbien kann man von der stärkeren Öffnung der Fragen von territorialer und politischer Autonomie (Vojvodina, Sandzak, Presevo) ausgehen. Wahrscheinlich ist, dass eine neue Verfassung im Laufe des kommenden Jahres verabschiedet und in deren Folge allgemeine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Serbien ausgeschrieben werden. Man sollte die Möglichkeit nicht ausschließen, dass zum ersten Mal nach den Oktober-Umbruch 2000 der extremistisch-nationalistische Block (Serbische Radikale Partei) die Mehrheit im Parlament sichert und die Regierung bildet. Das kommende Jahr wird das entscheidende Jahr für die Zukunft des Staatenbundes Serbien und Montenegro sein. Obwohl die montenegrinische Wählerschaft tief gespalten ist, kann man aufgrund der politischen Dynamik davon ausgehen, dass der Unabhängigkeitsblock siegen wird, und dass die Unabhängigkeit Montenegros erklärt wird. Zugleich steht im kommenden Jahr auch die Entscheidung über den Status des Kosovo an. In Serbien wird das politische Meinungsklima nicht dahingehend geschaffen, die Lösung der vollständigen politischen Subjektivierung

des Kosovo zu akzeptieren. Angesichts der Zerbrechlichkeit der rechtlichen und politischen Institutionen in Serbien und des Ausmaßes an Problemen, vor die Serbien innerhalb eines sehr kurzen Zeitrahmens gestellt wurde, kann auch die Möglichkeit von unkontrollierten politischen Ereignissen und gewaltsamen Konflikten nicht ausgeschlossen.

Die zukünftige Entwicklung im Kosovo wird vor allem davon abhängen, wie die Entscheidung der IG, der Kontaktgruppe und der UN über den Beginn der Verhandlungen über den Endstatus ausfallen wird. Sollte die Entscheidung negativ ausfallen, sind neue bewaffnete Konflikte größeren Ausmaßes denkbar, die sich diesmal nicht nur gegen die serbische Minderheit, sondern auch gegen die UNMIK richten könnten. Aber auch im Fall eines Entschlusses für den Beginn von Verhandlungen bleibt völlig unabsehbar, wie dieser gestaltet sein, wie lang er sich hinziehen und mit welchem Resultat er enden wird.

Sarajevo, 15.07.2005

Dieser Bericht wurde erstellt von Dr. Azra Dzajic, Leiterin des Regionalbüros Sarajevo, in Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen der Büros Belgrad, Sarajevo und Zagreb.